

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 2. Auflage	V
Vorwort zur Voraufgabe	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXIX
Literaturverzeichnis	XXXI
1. Kapitel. Einleitung	1
2. Kapitel. Eingang der Anklage	3
§ 1. Zuständigkeit	3
I. Örtliche Zuständigkeit	3
1. Vor Erlass des Eröffnungsbeschlusses	3
2. Nach Erlass des Eröffnungsbeschlusses	4
II. Sachliche Zuständigkeit	5
1. Vor Erlass des Eröffnungsbeschlusses	6
2. Nach Erlass des Eröffnungsbeschlusses	7
III. Zuständigkeit besonderer Strafkammern	8
§ 2. Zustellen der Anklageschrift	9
I. Frist des § 201 StPO	10
II. Erklärungen des Angeschuldigten	10
III. Bestimmtheit der Anklage	11
IV. Verteidiger	12
1. Bestellung eines Pflichtverteidigers	12
2. Wahlverteidiger	14
3. Pflichtverteidigerwechsel	15
4. Weiterer Pflichtverteidiger	15
5. Sofortige Beschwerde	16
V. Übersetzung der Anklage	17
1. Erforderlichkeit	17
2. Dolmetscher	18
§ 3. Haftbefehl	19
I. Überwachung	19
II. Haftprüfung, Beschwerde	21
III. Erweiterung des Haftbefehls	24
IV. Sechs-Monats-Vorlage (§ 121 StPO)	25
§ 4. Akteneinsicht	27
I. Umfang	27
II. Verfahren	28
§ 5. Vorstrafakten	28

§ 6. Gutachten	29
I. Behördengutachten	29
II. Sachverständigengutachten	30
§ 7. Nebenklage	31
I. Voraussetzungen	31
II. Verfahren	32
III. Akteneinsicht	33
IV. Beiordnung eines Rechtsanwalts	34
V. Akteneinsicht des Verletzten	34
§ 8. Adhäsionsverfahren	35
I. Antragsberechtigung	35
II. Antragsgegner	36
III. Vermögensrechtlicher Anspruch	36
IV. Strafbefehlsverfahren	36
V. Wirkung des Antrags	36
VI. Vergleich	37
VII. Urteil	37
§ 9. Auslandszeuge	38
§ 10. V-Leute und verdeckte Ermittler	39
§ 11. Terminabsprache	41
I. Verteidiger	41
II. Staatsanwaltschaft und Nebenkläger	43
III. Sachverständige und Zeugen	43
IV. Dolmetscher	44
V. Form	44
VI. Terminstag	44
§ 12. Erkundigung nach dem Verteidiger	45
3. Kapitel. Vorbereitung der Hauptverhandlung	47
§ 13. Feststellung des Streitstoffs	47
I. Bestreiten	47
II. Geständnis	47
III. Teilgeständnis	47
§ 14. Ergänzende Informationsbeschaffung	48
I. Sozialdaten	49
II. Steuerliche Unterlagen	49
III. Ärztliche Unterlagen	50
IV. Kontounterlagen/BaFin-Auskünfte	50
V. Grundbuchauszüge	51
VI. Betreuungsakten	52
VII. Familiengerichtliche Akten	52
VIII. E-Mail-Daten	53
§ 15. Beisitzer in einer großen Strafkammer	54

§ 16. Verschanken der Anklage	55
I. Einstellung gemäß §§ 154, 154a StPO	55
II. Abtrennung	56
§ 17. Erörterungstermin	58
I. Anordnung	58
II. Beteiligte	59
III. Form	59
IV. Inhalt	59
V. Protokoll	60
4. Kapitel. Eröffnungsbeschluss	61
§ 18. Verfahren	61
§ 19. Prozesshindernisse	61
§ 20. Rechtliche Würdigung	62
§ 21. Besetzung gemäß § 76 GVG	62
§ 22. Beweisanträge	63
5. Kapitel. Planung der Hauptverhandlung	65
§ 23. Ladung der Beteiligten	65
I. Angeklagte	65
II. Verteidiger	66
III. Zeugen	66
IV. Nebenkläger	66
V. Sachverständige	67
VI. Erziehungsberechtigte und gesetzliche Vertreter	67
§ 24. Besetzung	67
I. Berufsrichter	67
II. Schöffen	68
III. Verfahren	70
§ 25. Beweisaufnahme	70
I. Zeugen	70
II. Sachverständige	73
III. Dolmetscher	74
IV. Urkunden	75
V. Augenschein	77
VI. Ausschluss des Angeklagten	78
VII. Ausschluss der Öffentlichkeit	78
VIII. Sicherungsverfügung	78
6. Kapitel. Kommunikation vor der Hauptverhandlung	81
§ 26. Vorberatung mit den Schöffen	81
§ 27. Begrüßung	81
§ 28. Pünktlichkeit	82

7. Kapitel. Leitung der Hauptverhandlung	83
§ 29. Verhandlungsleitung des Vorsitzenden	83
I. Verhandlungsleitung durch den Vorsitzenden	83
II. Worterteilung/Entgegennahme von Anträgen	83
1. Kein Recht auf jederzeitige Worterteilung/Antragstellung ..	83
2. Kein Selbsthilferecht bei rechtswidrig verweigerter Worterteilung	84
3. Unwirksamkeit von Anträgen und Erklärungen ohne Worterteilung	85
4. Zurückstellung weiterer Wortmeldungen	85
5. Sonderfall: Befangenheitsgesuche	86
6. Sonderfall: Haftprüfungsantrag	87
7. Sonderfall: Beweisanträge	88
8. Reaktion der Verteidiger auf die Zurückstellung	89
III. Wortentziehung	89
IV. Beanstandung nach § 238 Abs. 2 StPO	90
1. Anwendung auch beim Strafrichter?	90
2. Darlegung der rechtlichen Unzulässigkeit	90
3. Darlegung einer Beschwer	92
4. Keine Frist	92
5. Entscheidung über die Beanstandung	92
a) Entscheidung im Sitzungssaal	92
b) Tenorierung des Beschlusses nach § 238 Abs. 2 StPO ...	93
6. Wiederholte Beantragung einer Kammerentscheidung	93
7. Sonderproblem: Beanstandung der Bestellung oder Entpflichtung eines Pflichtverteidigers	93
V. Verhandlungsleitende Anordnung durch das Gericht statt des Vorsitzenden	94
§ 30. Kommunikation in der Hauptverhandlung	94
I. Offene Kommunikation als Leitbild	94
II. Normative Grundlagen der Kommunikation	95
1. Erörterung des Verfahrensstandes gemäß § 257b StPO	95
2. Verhandlungsleitung des Vorsitzenden	95
III. Initiativrecht	95
IV. Grenzen der Kommunikation	95
1. Bewertung von Rechtsfragen	96
2. Bewertung der Einlassung und Zeugenaussagen	96
3. Wortwahl: „Geschädigte“, „Verletzte“, „Opfer“ etc.	96
4. Ungefragte Nennung einer Straferwartung	97
5. Anregen eines Geständnisses	97
6. „Sanktionsschere“	98
7. Einmischen in die Verteidigungsstrategie	99
8. Unmutsäußerungen	99
9. Kontakte mit Verfahrensbeteiligten außerhalb der Hauptverhandlung	99
V. Keine Verpflichtung zu offener Kommunikation	100

1. Kein Anspruch auf eine Erörterung gemäß § 257b StPO	100
2. Gerichtliche Fürsorge und faires Verfahren	100
VI. Hinweispflicht bei Abweichen von der vorläufigen Bewertung der Sach- oder Rechtslage	101
§ 31. Sitzungspolizeiliche Maßnahmen	101
I. Sitzungsgewalt des Vorsitzenden	101
II. Mitwirkung der Justizwachtmeister	102
III. Amtshilfe durch die Polizei	103
1. Vermittlung durch die Gerichtsverwaltung	103
2. Antrag der Verteidigung auf Entwaffnung der Polizeibeamten	103
IV. Entfernen von Zuhörern aus dem Sitzungssaal	104
1. Entfernen auf der Grundlage des § 176 GVG	104
2. Entfernen auf der Grundlage des § 177 GVG	105
3. Räumung des Sitzungsaaes	105
4. Ausschluss der Öffentlichkeit wegen Störungen	106
V. Entfernen des Angeklagten aus dem Sitzungssaal	106
1. Zuständigkeit	106
2. Anwesenheit nicht unerlässlich	106
3. Gelegenheit zur Äußerung zur Anklage	106
4. Spätere Wiederzulassung zur Hauptverhandlung	107
5. Protokollierung	107
VI. Entfernen von Zeugen und Sachverständigen	107
VII. Entfernen des Verteidigers oder sonstiger Rechtsbeistände	108
VIII. Protokollierung	108
IX. Ordnungshaft gemäß § 177 GVG	108
X. Ordnungsmittel wegen Ungebühr gemäß § 178 GVG	108
1. Definition der Ungebühr	109
2. Zuständigkeit für die Sanktionierung	110
3. Verfahren und Entscheidung	110
4. Vollstreckbarkeit und Vollstreckung	113
5. Besondere Probleme bei der Verhängung gegen Zuhörer . . .	114
a) Identitätsfeststellung	114
b) Gezielte Störungen durch mehrere Zuhörer	116
c) Befangenheitsablehnung des Vorsitzenden durch den Zuhörer	116
d) Heimliche Film- oder Tonaufnahmen durch Zuhörer . . .	117
XI. Ordnungsmaßnahmen gegen Verteidiger	119
1. Ermahnung nach § 176 GVG	119
2. Maßnahmen nach §§ 177, 178 GVG	119
3. Aufhebung der Bestellung zum Pflichtverteidiger	119
a) Vorherige Abmahnung des Pflichtverteidigers	119
b) Aufhebung der Bestellung zum Pflichtverteidiger	120

8. Kapitel. Auftakt der Hauptverhandlung	123
§ 32. Der erste Hauptverhandlungstag	123
I. Aufruf der Sache	123
1. Grundsatz	123
2. Sonderfall: Film- oder Fotoaufnahmen	123
II. Präsenzfeststellung	125
1. Entschuldigtes Ausbleiben eines notwendigen Verfahrensbeteiligten	125
2. Unentschuldigtes Ausbleiben des Angeklagten	125
a) Erlass eines Vorführungsbefehls	126
b) Erlass eines Haftbefehls	128
c) Alternative beim Amtsgericht: Strafbefehl	129
d) Sonderfall: Unentschuldigtes Ausbleiben nach Einspruch gegen Strafbefehl	129
3. Unentschuldigtes Ausbleiben des Verteidigers	129
4. Unentschuldigtes Ausbleiben eines Schöffen	129
III. Zulassung eines „Laienverteidigers“	130
III. Zulassung eines Ehegattenbeistands	130
IV. Hinzuziehung eines Dolmetschers	131
V. Entfernung der Zeugen	132
VI. Fesselung des Angeklagten	133
VII. Anträge zur Sitzordnung	134
VIII. Antrag auf Aussetzung oder Unterbrechung wegen Verhandlungsunfähigkeit	135
IX. Entgegennahme eines Befangenheitsgesuchs	135
X. Vernehmung zu den persönlichen Verhältnissen	136
XI. Antrag auf Aufzeichnung der Hauptverhandlung	136
XII. Aussetzungsantrag wegen nicht mitgeteilter Anklageschrift	136
XIII. Aussetzungsantrag wegen nicht rechtzeitiger Übersendung einer neuen Anklageschrift	137
XIV. Antrag auf Nichtverlesung des Anklagesatzes	137
XV. Antrag auf Ausschluss der Öffentlichkeit während der Verlesung des Anklagesatzes	139
XVI. Aushändigung des Anklagesatzes an die Schöffen	140
XVII. Verlesung des Anklagesatzes	140
XVIII. Besonderheiten in Berufungsverfahren	141
XIX. Bekanntgabe der Erörterungen nach §§ 202a, 212 StPO	141
1. Verständigungsbezogene Gespräche	142
2. Umfang der Mitteilungspflicht	142
XX. „Opening Statement“ des Verteidigers	144
XXI. Aussetzungsantrag wegen Nichteinhaltung der Ladungsfrist	145
XXII. Aussetzungsantrag wegen verspäteter oder unzureichender Akteneinsicht	145
XXIII. Zuständigkeitsrügen	145
1. Rüge der sachlichen Unzuständigkeit (§ 6 StPO)	145
2. Rüge der örtlichen Unzuständigkeit (§ 16 StPO)	146
3. Zuständigkeit besonderer Strafkammern (§ 6a StPO)	146

XXIV. Der Besetzungseinwand (§ 222b StPO)	147
1. Besetzungseinwand und Vorabentscheidungsverfahren	147
2. Entgegennahme des Besetzungseinwandes	147
3. Entscheidung binnen 3 Tagen	147
4. Zuständigkeit	148
5. Antrag auf Unterbrechung zur Prüfung der Besetzung	148
XXV. Belehrung des Angeklagten über seine Aussagefreiheit	150
XXVI. Vernehmung des Angeklagten zur Sache	150
XXVII. Antrag auf Ablösung des Sitzungsstaatsanwalts	150
XXVIII. Auskunftsbeglehen gegenüber Berufsrichtern und Schöffen ...	150
XXIX. Antrag auf Entwaffnung hinzugezogener Polizeibeamter	151
XXX. Haftprüfungsantrag	152
§ 33. Vernehmung des Angeklagten	152
I. Vernehmung des Angeklagten zur Person	152
1. Gegenstand der Vernehmung	152
2. Art und Weise der Vernehmung	153
II. Vernehmung des Angeklagten zur Tat	153
III. Form der Einlassung	153
1. Einlassung des Angeklagten	153
2. Einlassung über den Verteidiger	153
3. Beweiswert schriftlicher Einlassungen und Einlassungen über den Verteidiger	154
4. Festschreiben des Inhalts der Einlassung für die Revision ..	154
IV. „Unwiderlegbare“ Einlassung des Angeklagten	156
V. Der schweigende oder bestreitende Angeklagte	157
VI. Schweigen und Beweiswürdigung	158
§ 34. Einführung früherer Einlassungen in die Hauptverhandlung	158
9. Kapitel. Beweisaufnahme	161
§ 35. Zeugenvernehmung	161
I. Ausbleiben des Zeugen	161
1. Ordnungsgeld, ersatzweise Ordnungshaft, und Auferlegung Mehrkosten	161
2. Vorführungsbefehl gegen den Zeugen	162
3. Vollstreckung	162
4. Rechtsmittel	163
II. Verzicht auf die Vernehmung eines Zeugen	163
1. Vernehmungsverzicht bei erschienenem Zeugen	163
2. Vernehmungsverzicht bei geladenem, aber (noch) nicht erschiedenem Zeugen	164
III. Umladung von Zeugen	164
IV. Antrag zur Sitzordnung bei der Zeugenvernehmung	164
V. Antrag auf Aufzeichnung der Zeugenaussage	165
VI. Antrag auf Aussetzung der Hauptverhandlung bei zu später Namhaftmachung eines Zeugen	166
VII. Verfahrensbeteiligte als Zeugen	166

1. Sitzungsvertreter der Staatsanwaltschaft als Zeuge	167
2. Notwendiger Verteidiger als Zeuge	167
3. Richter als Zeuge	167
a) Erkennender Richter als Zeuge	168
b) Richter in Parallelverfahren als Zeuge	170
4. Schöffe als Zeuge	170
VIII. Die Vorbereitungspflicht des Zeugen	170
IX. Die Zeugenbelehrung	170
1. Ausführliche Belehrung eines Zeugen	171
2. Praktische Probleme der Belehrung	171
X. Vernehmung des Zeugen durch den Vorsitzenden	171
1. Vernehmung zur Person	171
2. Vernehmung zur Sache	172
3. Abwehr der Störung der Befragung durch den Vorsitzenden	173
a) Kommentare, Unmutsäußerungen und nichtförmliche Beanstandungen („Nörgeln“)	173
b) Förmliche Beanstandungen	173
c) Protokollierungsanträge während der Vernehmung	174
XI. Ergänzende Befragung des Zeugen durch die Verfahrensbeteiligten	176
1. Minderjährige Zeugen	176
2. Leitung durch den Vorsitzenden	176
3. Zurückweisung von Fragen der Verfahrensbeteiligten	177
a) Nicht zur Sache gehörende Fragen	177
b) Ungeeignete Fragen	177
c) Zurückweisung von Fragen zu bestimmten Fragenkomplexen	178
d) Beschränkung des Fragerechts durch eine Vorab-Kontrolle	178
e) Ultima-ratio: Entziehung des Fragerechts	178
4. Besondere Fallgestaltungen	178
a) Suggestiv- oder Fangfragen	178
b) Ausnutzen des Frageprivilegs	179
c) Wiederholungsfragen	179
d) Schaffen von Aussagedruck durch einen Vorspann	179
e) Falsche Vorhalte	180
f) Zeugen zur Rechtfertigung drängen („Rollentausch“)	180
g) Den Zeugen überfordern	180
XII. Verteidigung/Nichtverteidigung des Zeugen	180
XIII. Entlassung des Zeugen	182
XIV. Antrag auf Entwaffnung eines Polizeibeamten als Zeugen	182
§ 36. Entfernung des Angeklagten während der Zeugenvernehmung	183
I. Ausschluss zum Schutz der Wahrheitsfindung	183
II. Ausschluss zum Schutz von jugendlichen Zeugen	183
III. Ausschluss zum Schutz der Gesundheit des erwachsenen Zeugen	183
IV. Ausschluss zum Schutz der Gesundheit des Angeklagten	184

V. Unterrichtung des Angeklagten und Entlassung des Zeugen . . .	184
1. Zeitpunkt der Unterrichtung	184
2. Umfang der Unterrichtung	184
3. Protokollierung	184
4. Vorrang der Bild-Ton-Simultan-Übertragung zur Unterrichtung des Angeklagten	185
5. Fragerecht des Angeklagten	186
6. Verhandlung über die Entlassung des Zeugen	186
VI. Beweiserhebungen in Abwesenheit des Angeklagten	186
VII. Erforderlich für den Ausschluss: Beschluss der Kammer	187
VIII. Protokollbeispiel zur Veranschaulichung	187
§ 37. Zeugnisverweigerungsrechte, § 52 ff. StPO	189
I. Bedingungen des Zeugen an seine Aussage	189
II. Zeugnisverweigerungsrecht aus persönlichen Gründen, § 52 StPO	189
1. Belehrung über das Zeugnisverweigerungsrecht	189
2. Problemfall: Das Verlöbnis	190
3. Problemfall: Inländische Ehe nach islamischen Recht	191
III. Zeugnisverweigerungsrecht aus beruflichen Gründen, §§ 53, 53a StPO	191
1. Keine Pflicht zur Belehrung über das Zeugnisverweigerungsrecht	191
2. Verteidiger, sonstige Rechtsanwälte, Steuerberater und Ärzte	191
3. Geistliche	192
4. Berufshelfer (§ 53a StPO)	192
5. Entbindung von der Verschwiegenheitspflicht bei juristischen Personen	192
6. Fälle fehlenden Zeugnisverweigerungsrechts nach § 53 StGB	192
III. Zeugnisverweigerungsrecht von Angehörigen des öffentlichen Dienstes, § 54 StPO	193
1. Keine Pflicht zur Belehrung über das Zeugnisverweigerungsrecht	193
2. Aussage ohne Aussagegenehmigung	193
3. Allgemeine Aussagegenehmigung für Polizeibeamte	193
IV. Zeugnisverweigerung wegen Gefahr für Leib und Leben	193
V. Zeugnisverweigerung und Beweiswürdigung	194
1. Zeugnisverweigerung aus persönlichen Gründen, § 52 StPO	194
2. Zeugnisverweigerung des Berufsheimnisträgers, § 53 StPO	194
§ 38. Auskunftsverweigerungsrecht, § 55 StPO	195
I. Bedingungen des Zeugen an seine Aussage	195
II. Belehrung über das Auskunftsverweigerungsrecht	196
III. Bestehen einer Verfolgungsgefahr	197
1. Praxisrelevante Konstellationen:	197
2. Der wiederholt aussagende Zeuge	198
IV. Zeugenbeistand	199

V. Entscheidung über Auskunftsverweigerungsrecht	199
VI. Beweiswürdigung und § 55 StPO	200
§ 39. Die unberechtigte Zeugnisverweigerung	200
I. Auferlegung der Kosten und Ordnungsgeld, ersatzweise Ordnungshaft	200
II. Anordnung von Beugehaft	201
III. Ordnungsmittel oder Beugehaft gegen lügende Zeugen	202
§ 40. Bewertung von Zeugenaussagen	203
I. Hinweise auf eine Lüge (Lügensignale)	203
1. Strukturbruch	204
a) Detailreichtum, Individualität, Verflechtung	204
b) Sprachfluss, Satzbau, Ausdrucksweise: Lügen ist anstrengend.	204
c) Körpersprache	204
2. Reaktion auf Nachfragen	205
II. Hinweise gegen eine Lüge (Realkennzeichen)	205
III. Ausschluss von Irrtümern und Suggestionen	206
1. Mögliche Wahrnehmungsfehler	206
2. Speicherung von Wahrnehmungen im Gedächtnis	207
3. Veränderung der Erinnerung	207
4. Abrufen der Erinnerung: Vernehmung als gemeinsamer Rekonstruktionsprozess	207
§ 41. Sachverständigenbeweis	208
I. Aufgabe des Sachverständigen	208
II. Auswahl des Sachverständigen	208
III. Belehrung des Sachverständigen	209
IV. Zusätzliche Vernehmung als Zeuge bei Zusatztatsachen	209
V. Eigene Beweiserhebung durch den Sachverständigen	211
VI. Vereidigung des Sachverständigen	211
VII. Entbindung des Sachverständigen	212
VIII. Ablehnung des Sachverständigen wegen Besorgnis der Befangenheit	212
1. Entscheidungszuständigkeit	212
2. Ablehnungsberechtigung	212
3. Keine Frist	213
4. Form des Ablehnungsgesuchs	213
5. Ablehnung eines schlechten Sachverständigen?	213
6. Folgen der erfolgreichen Ablehnung	214
7. Revisionsgerichtliche Überprüfung	214
IX. Schriftliches Vorgutachten	214
X. Zugänglichmachung der Arbeitsunterlagen des Sachverständigen	215
XI. Aufzeichnung des mündlichen Sachverständigengutachtens ...	216
XII. Anwesenheit des Sachverständigen in der Hauptverhandlung ..	217
XIII. Sonderfall: Behördengutachten	217
XIV. Sonderfall: Wirtschaftsreferent als Sachverständiger	218

§ 42. Urkundsbeweis	218
I. Art und Weise des Urkundsbeweises	218
1. Vorlesen durch den Vorsitzenden	219
2. Bericht des Vorsitzenden	219
3. Selbstleseverfahren, § 249 Abs. 2 StPO	219
a) Ablauf des Selbstleseverfahrens	219
b) Anordnung des Selbstleseverfahrens	220
c) Durchführung des Selbstleseverfahrens	221
d) Feststellung des Abschlusses des Selbstleseverfahrens	222
e) Selbstleseverfahren zur Wahrung des Beschleunigungsgrundsatzes	223
4. Mittelbare Einführung durch Zeugen oder Sachverständige	224
II. Einführen von Vorstrafen	224
III. Unmittelbarkeitsgrundsatz	225
1. Vorrang des Personal- vor dem Urkundsbeweis	225
2. Unmittelbarkeitsgrundsatz und DNA-Gutachten	225
3. Spurensicherungs-, Observations- und Durchsuchungsberichte	225
4. Urteile und gerichtliche Beschlüsse als im Hinblick auf § 250 S. 2 StPO privilegierte Urkunden	226
5. Vernehmungsergänzende Verlesung von Protokollen und Schriftstücken	227
a) Vernehmungsergänzende Verlesung von Schriftstücken	227
b) Vernehmungsergänzende Verlesung von Vernehmungsprotokollen	227
c) Vernehmungsergänzende Einführung aufgezeichneter Vernehmungen	229
d) Vernehmungsergänzende Einführung niedergeschriebener aufgezeichneter Vernehmungen	229
IV. Fremdsprachige Urkunden	230
V. Zweckmäßiger Zeitpunkt der Einführung von Urkunden	231
§ 43. Augenscheineinnahme	231
I. Beispiele für den Augenschein	231
II. Einnahme des Augenscheins durch das Gericht	232
III. Einschalten eines Augenscheingehilfen	232
IV. Augenschein durch Sachverständige	232
§ 44. Erklärungsrechte nach § 257 StPO	232
I. Erklärungsrecht des Angeklagten	232
II. Erklärungsrecht des Verteidigers	233
III. Zeitpunkt der Erklärung	233
IV. Bezug zur vorangegangenen Beweiserhebung	233
V. Protokollierung	234
VI. Einlassung des Angeklagten im Rahmen der Erklärung nach § 257 Abs. 1 StPO	234
VII. Verpflichtung des Gerichts zur Stellungnahme zu der Erklärung?	234
VIII. Risiken für die Revision	235

§ 45. Beweisanträge	235
I. Grundlagen	235
II. Vorliegen eines Beweisantrags	235
1. Antragsberechtigung	236
2. Keine Wiederholung der Beweisaufnahme	237
3. Mündlich in der Hauptverhandlung	237
4. Kein Schein-/Pseudobeweisantrag	239
5. Schuld- und Straffrage	239
6. Bezeichnung einer Beweistatsache	240
7. Bezeichnung eines Beweismittels	240
8. Konnexität zwischen Beweismittel und Beweistatsache beim Zeugenbeweis	240
a) Beweisthemenbezogene Konnexität	241
b) Beweismittelbezogene Konnexität	241
c) Beispiel für eine Ablehnung bei fehlender Konnexität	242
III. Reaktionsmöglichkeiten auf den Beweisantrag	243
IV. Wichtige Ablehnungsgründe	243
1. Ablehnung wegen Unzulässigkeit der Beweiserhebung	243
2. Ablehnung wegen Offenkundigkeit der Beweistatsache	244
3. Ablehnung wegen Bedeutungslosigkeit der Beweistatsache	245
a) Nichtanwendbarkeit bei präsenten Beweismitteln	245
b) Indiztatsachen	246
c) Beweisantrag zur Glaubwürdigkeit eines Zeugen	246
d) Beweisantrag zur Strafzumessung	247
e) Beweisantrag zu Vorstrafen	247
4. Ablehnung wegen Erwiesenheit der Beweistatsache	248
5. Ablehnung wegen völliger Ungeeignetheit des Beweismittels	248
a) Völlige Ungeeignetheit des Sachverständigenbeweises	249
b) Völlige Ungeeignetheit des Zeugenbeweises	250
6. Ablehnung wegen Unerreichbarkeit des Beweismittels	251
7. Ablehnung wegen Prozessverschleppung	251
8. Ablehnung wegen Wahrunterstellung der Beweistatsache	251
9. Ablehnung eines Sachverständigengutachtens wegen eigener Sachkunde	254
a) Nachweis der eigenen Sachkunde	254
b) Grundlagen der eigenen Sachkunde	255
10. Ablehnung der Einholung eines weiteren Sachverständi- gengutachtens	256
11. Beweisantrag auf Vernehmung von Auslandszeugen	257
a) Erreichbarkeit des Zeugen	257
b) Klärung der Aussagebereitschaft	257
c) Audiovisuelle Vernehmung oder kommissarische Vernehmung des Zeugen im Aufenthaltsstaat	258
aa) Audiovisuelle Vernehmung	258
bb) Kommissarische Vernehmung des Zeugen	259
cc) Ungeeignetheit der audiovisuellen oder kommissarischen Vernehmung	259

d) Beispiel für Ablehnungsbeschluss	260
e) Revisionsrechtliche Überprüfung	262
12. Ablehnung eines Beweisantrags auf Vernehmung einer Vielzahl von Zeugen	262
13. Ablehnung eines Beweisantrages zu verbotenen Vernehmungsmethoden, § 136 StPO oder zu sonstigen Beweisverwertungsverboten	264
V. Austausch des Beweismittels	264
1. Fallgruppen	264
a) Austausch eines Zeugen durch einen anderen	264
b) Austausch eines Zeugen durch Urkundsbeweis	264
c) Austausch eines Zeugen durch Inaugenscheinnahme ...	265
d) Austausch eines Zeugen durch ein Sachverständigengutachten	265
e) Austausch des Sachverständigen durch einen anderen ...	265
f) Austausch des Augenscheinobjekts	266
g) Austausch des richterlichen Augenscheins	266
2. Beschluss über Beweisantrag entbehrlich	266
VI. Fristsetzung für Beweisanträge	267
1. Voraussetzung der Fristsetzung	267
2. Einheitliche Fristsetzung an alle Verfahrensbeteiligten	267
3. Art und Weise der Fristsetzung	267
4. Unmöglichkeit früherer Antragstellung	268
5. Umgang mit verfristeten Beweisanträgen	269
6. Erneute Fristsetzung nach weiterer Beweiserhebung	269
VI. Hilfsbeweisantrag	270
§ 46. Selbstladungsrecht des Angeklagten	271
I. Interessenlage	271
II. Verpflichtung des Gerichts zur Vernehmung der Beweisperson	272
1. Einhaltung der Vorschriften über die Selbstladung	272
2. Erscheinen der Beweisperson im Termin	273
3. Keine Ablehnung des Beweisantrags nach § 245 Abs. 2 StPO	273
III. Nach der Vernehmung: Antrag auf die Entschädigung aus der Staatskasse (§ 220 Abs. 3 StPO)	273
IV. Besondere Konstellationen	274
1. Die Beweisperson bleibt unentschuldigt aus	274
2. Beweisperson erscheint trotz fehlender Entschädigung	275
3. Die Entschädigung erweist sich im Termin als nicht aus- reichend	275
4. Unangekündigtes Erscheinen der Beweisperson	275
5. Beweisperson auf einen ungünstigen Zeitpunkt geladen ...	276
6. Die Ladung auf einen Termin nach Beendigung der Hauptverhandlung	277
7. Der Zeuge kann aus Rechtsgründen nicht vernommen werden	277
8. Der inhaftierte Zeuge	277

9. Der selbst geladene Sachverständige ist nicht vorbereitet . . .	278
10. Psychiatrischer Gutachter bei inhaftiertem Angeklagten . . .	278
§ 47. Unterbrechung der Hauptverhandlung	278
I. Zuständigkeit	278
II. Höchstfristen der Unterbrechung	279
1. Die maßgeblichen Fristen	279
a) Grundsatz (Abs. 1): bis zu 3 Wochen	279
b) Verhandlung von mindestens 10	
Tagen (Abs. 2): bis zu 1 Monat	280
c) Verhandlung von mindestens 10	
Tagen und Erkrankung, Mutterschutz, Elternzeit	
(Abs. 3): 2 Monate Hemmung durch Beschluss	281
2. Fortsetzung der Hauptverhandlung	282
III. Ladung zum Fortsetzungstermin	283
10. Kapitel. Plädoyer und Urteil	285
§ 48. Schlussvortrag	285
I. Recht zum Schlussvortrag	285
1. Abwesende Verfahrensbeteiligte	285
2. Als Zeuge vernommener Staatsanwaltschaft	285
II. Pflicht zum Schlussvortrag	285
III. Reihenfolge der Schlussvorträge	286
IV. Ausreichende Vorbereitungszeit	286
V. Pflicht zum Ausschluss der Öffentlichkeit (§ 171b Abs. 3	
S. 2 StPO)	286
VI. Eingriffe des Vorsitzenden in den Schlussvortrag	287
1. Fallgruppen	287
a) Zu lange Ausführungen/Redezeitbegrenzung	287
b) Nicht zur Sache gehörende Ausführungen	287
c) Herabsetzung anderer Verfahrensbeteiligter	287
2. Art und Weise des Einschreitens	288
VII. Recht auf Erwiderung	288
§ 49. Letztes Wort des Angeklagten	288
I. Allgemeines	288
II. Mehrere zum letzten Wort Berechtigte	288
III. Letztes Wort des mit Vertretungsvollmacht ausgestatteten	
Rechtsanwalts	289
IV. Grenzen des letzten Wortes	289
V. Letztes Wort des Erziehungsberechtigten	291
VI. Sacheinlassung im letzten Wort	291
VII. Letztes Wort und Wiedereintritt in die Verhandlung	292
§ 50. Urteilsverkündung	294
I. Allgemeines	294
II. Die mündliche Urteilsbegründung	295
III. Bewährungsbeschluss	296
IV. Fortdauerbeschluss zu Untersuchungshaft oder	
einstweiligen Unterbringung	296

V. Korrektur der Urteilsformel während der Verkündung	297
VI. Wiedereintritt in die Verhandlung nach Verlesung der Urteilsformel	298
VII. Beweisanträge bei der Urteilsverkündung	298
1. Beweisantrag kurz vor der Urteilsverkündung	298
2. Beweisantrag während der Urteilsverkündung	298
VIII. Abwesenheit des Angeklagten oder des Verteidigers während der Urteilsverkündung	299
IX. Rechtsmittelbelehrung	300
IX. Arrestbeschlüsse nach der Urteilsverkündung	300
§ 51. Strafzumessung	302
I. Regelstrafrahmen	302
II. Minder schwerer Fall	302
III. Besonders schwerer Fall	302
IV. Regelbeispiele	303
V. Konkrete Strafe	303
§ 52. Kosten und Auslagen	303
I. Kosten- und Auslagenentscheidung	303
II. Anfechtung der Kosten- und Auslagenentscheidung	304
III. Inhalt der Kosten- und Auslagenentscheidung	304
11. Kapitel. Besondere Verfahrenskonstellationen in der Hauptverhandlung	305
§ 53. Verhandlungsunfähigkeit des Angeklagten	305
I. Arten der Verhandlungsunfähigkeit	305
1. Verteidigungsunfähigkeit	305
2. Leibes- oder Lebensgefahr	306
II. Feststellung der Verhandlungsunfähigkeit	307
1. Einholung eines Sachverständigengutachtens	307
2. Atteste des behandelnden Arztes	307
3. Geltung von in dubio pro reo	307
4. Mitwirkungslast des Angeklagten	308
5. Risiken einer Revision	309
III. Beschlussbeispiel	309
§ 54. Verständigung in der Hauptverhandlung	310
I. Allgemeines	310
II. Sonderfall: Verständigung in der Berufungsinstanz	310
1. Erstmalige Verständigung in der Berufungsinstanz	310
2. Folgen einer beim Amtsgericht getroffenen Verständigung für die Berufungsinstanz	311
§ 55. Aussetzungsanträge	311
I. Allgemeines	311
II. Zuständigkeit	311
III. Einzelne Aussetzungsanträge	312
1. Neu hervorgetretene Umstände (§ 265 Abs. 3 StPO)	312
2. Veränderte Sachlage (§ 265 Abs. 4 StPO)	313

3. Nicht mitgeteilte Anklageschrift/fehlende Übersetzung (§ 201 Abs. 1 S. 1 StPO)	314
4. Nicht rechtzeitige Übersendung einer neuen Anklageschrift (§ 207 Abs. 3 StPO)	314
5. Nichteinhaltung der Ladungsfrist (§§ 217, 218 StPO)	315
6. Verspätete oder unzureichende Akteneinsicht	317
a) Entscheidungszuständigkeit	317
b) Entscheidungskriterien	317
c) Risiken für die Revision	318
7. Anfechtung Sperrerklärung V-Person	319
IV. Anfechtung der Ablehnung des Aussetzungsantrages	319
§ 56. Einstellungsanträge wegen eines Verfahrenshindernisses	320
I. Zeitpunkt der Entgegennahme des Antrages	320
II. Verweisung auf schriftliche Antragstellung	320
III. Zeitpunkt der Entscheidung über den Einstellungsantrag	320
IV. Beweisaufnahme	321
V. Einzelne Einstellungsanträge	321
1. Einstellung wegen medialer Vorverurteilung	321
2. Einstellung wegen überlanger Verfahrensdauer	321
3. Einstellung wegen dauerhafter Verhandlungsunfähigkeit ...	322
§ 57. Ablehnungsgesuch gegen Richter	322
I. Zulässigkeit des Ablehnungsgesuchs	322
1. Statthaftigkeit	322
2. Ablehnungsberechtigung	322
3. Form des Ablehnungsgesuchs	322
4. Begründung des Ablehnungsgesuchs	323
5. Glaubhaftmachung der Tatsachen	324
6. Keine entgegenstehende „Rechtskraft“	324
7. Rechtzeitige Geltendmachung	324
8. Keine Verschleppungsabsicht oder Verfolgen verfahrensfremder Zwecke	326
II. Dienstliche Äußerung	326
1. Entbehrlichkeit	326
2. Bekanntgabe der dienstlichen Äußerung	328
3. Inhalt der dienstlichen Äußerung	328
4. Neue Ablehnungsgründe in dienstlichen Äußerungen	329
5. Erklären/Entschuldigen in der dienstlichen Äußerung	329
III. Zuständigkeit für die Bescheidung	329
1. Entscheidung unter Mitwirkung des abgelehnten Richters und der Schöffen bei Unzulässigkeit	329
2. Entscheidung durch die Vertreterbesetzung	329
3. Zusammensetzung der Vertreterbesetzung	330
a) Ausschluss bei eigener Betroffenheit	330
b) Sukzessive Ablehnung mehrerer Richter	331
c) Gleichzeitige Ablehnung	331
d) Namhaftmachung der zur Entscheidung berufenen Richter	331

IV. Wartepflicht nach § 29 StPO	332
1. Allgemeines	332
2. Ende der Wartepflicht	332
V. Beweisaufnahme, Beweismaß und Beweislast	333
1. Umfang der Beweisaufnahme	333
2. Beweismaß	333
3. Beweislast	334
VI. Entscheidung über das Befangenheitsgesuch	334
§ 58. Nachtragsanklage	335
I. Allgemeines	335
II. Voraussetzungen für die Nachtragsanklage	335
1. Form der Nachtragsanklage	335
2. Inhalt der Nachtragsanklage	335
3. Zuständigkeit	335
4. Zustimmung des Angeklagten	336
5. Ermessen des Gerichts	336
6. Einbeziehungsbeschluss	336
7. Protokollierung	336
8. Folgen der Nichteinbeziehung	337
§ 59. Akteneinsicht in der Hauptverhandlung	337
I. Aussetzungsantrag wegen verspäteter oder unzureichender Akteneinsicht	337
II. Antrag auf Aktenbeiziehung	337
1. Kein allgemeiner Anspruch auf Aktenbeiziehung	337
2. Kombination des Beiziehungsantrages mit weiteren Anträgen	338
3. Zuständigkeit für die Entscheidung	338
4. Entscheidungskriterien	339
5. Umfang der Beiziehung	339
6. Verweis auf eigenes Akteneinsichtsrecht	340
7. Unterbrechungs- und Aussetzungsantrag zur Durchsicht beigezogener Akten	341
8. Risiken für die Revision	341
9. Aktenbeiziehung aufgrund eines Beweisanspruches	342
§ 60. Abtrennung in der Hauptverhandlung	342
§ 61. Öffentlichkeit der Hauptverhandlung	345
I. Hauptverhandlungen im Gerichtsgebäude	345
II. (Orts-)Termine außerhalb des Gerichtsgebäudes	345
1. Hinweis auf Ort und Zeit des Ortstermin im Gerichtsgebäude	346
2. Hinweis am Ort des Ortstermins	346
3. Zutritt für die Öffentlichkeit	346
4. Zuspätkommen zum Ortstermin	347
III. Öffentlichkeit in Verfahren gegen Jugendliche und Heranwachsende	347
IV. Ausschließung der Öffentlichkeit	348

1. Verhandlung über den Antrag auf Ausschluss der Öffentlichkeit	348
2. Beschluss über den Ausschluss der Öffentlichkeit	349
a) Unterbringungsverfahren, § 171a GVG	349
b) Schutz des persönlichen Lebensbereichs, § 171b Abs. 1 bis 3 GVG	350
c) Ausschluss der Öffentlichkeit gem. § 172 GVG	352
3. Beispiel für den Ausschluss der Öffentlichkeit während der Vernehmung des Opfers	353
4. Sonderfall: Erneute Vernehmung eines Zeugen	353
5. Gegenvorstellungen gegen den Ausschluss der Öffentlichkeit	354
V. Ausschluss polizeilicher Prozessbeobachter	354
VI. Mitschreiben durch Zuschauer	355
§ 62. Gegenvorstellung	356
I. Allgemeines zur Gegenvorstellung	356
II. Bescheidung der Gegenvorstellung	357
1. Begründung mit einer abweichenden Würdigung	357
2. Geltendmachung neuer/abweichender Tatsachen	357
III. Anordnung der schriftlichen Antragstellung, § 257a StPO	357
IV. Antrag auf ergänzende Begründung einer Entscheidung	358
12. Kapitel. Protokollierung der Hauptverhandlung	359
§ 63. Das Hauptverhandlungsprotokoll	359
I. Diktat in das Hauptverhandlungsprotokoll	359
II. Protokollierung von Anträgen und Erklärungen	360
1. Allgemeines	360
2. Anträge und Erklärungen ohne vorherige Worterteilung ...	361
III. Protokollierung des Urkundsbeweises	362
IV. Protokollierung von Vernehmungsbehelfen	362
§ 64. Protokollierungsanträge	363
I. Antrag auf Protokollierung der gesamten Zeugenaussage	363
II. Antrag auf Protokollierung eines Teils der Zeugenaussage	364
1. Entgegennahme und Bescheidung des Antrags	364
2. Häufung von Protokollierungsanträgen	365
3. Zulässigkeit des Antrags auf wörtliche Protokollierung ...	365
4. Probleme der Protokollierung	365
5. Verfahren der wörtlichen Protokollierung	366
6. Ablehnung des Protokollierungsantrages	366
III. Antrag auf Protokollierung einer Inaugenscheinnahme	367
IV. Protokollierung eines Vorgangs in der Hauptverhandlung	367
V. Antrag auf Herausgabe einer Abschrift des Protokolls	367
§ 65. Aufnahme anfechtbarer oder zu vollstreckender Beschlüsse in das Protokoll	368
I. Der Normalfall	368
II. Sonderfall: Vollstreckbare oder anfechtbare Beschlüsse	368
III. Sonderfall: Ordnungsmittelbeschluss wegen Ungebühr nach § 178 GVG	370

§ 66. Inhaltsprotokoll beim Amtsgericht	371
13. Kapitel. Besondere Verfahren	373
§ 67. Berufungsverfahren	373
I. Annahmeverufung	373
II. Berufungseinlegungsfrist	373
III. Unbestimmtes Rechtsmittel	373
IV. Berufung des Nebenklägers	374
V. Beschränkung der Berufung	374
VI. Ausbleiben des Angeklagten	375
VII. Ablauf der Hauptverhandlung	376
VIII. Beschwerde neben der Berufung	377
IX. Kostenentscheidung	377
X. Strafrechtsentschädigung (StrEG)	377
XI. Haftfortdauer	377
XII. Entziehung der Fahrerlaubnis	378
XIII. Unerledigte Beschwerde und Berufungseinlegung	378
§ 68. Sicherungsverfahren	379
I. Voraussetzungen	379
II. Verfahren	379
III. Urteil	380
IV. Übergang ins Strafverfahren	380
V. Kein Übergang ins Sicherungsverfahren	381
§ 69. Beschleunigtes Verfahren	382
§ 70. Strafbefehlsverfahren	384
I. Zulässigkeit	384
II. Entscheidung des Gerichts	384
III. Rechtsmittel	385
IV. Ausbleiben des Angeklagten	386
V. Strafbefehl nach Eröffnung des Hauptverfahrens	387
§ 71. Beschwerde gegen Entscheidungen in oder während der Hauptverhandlung	387
14. Kapitel. Bewährungsüberwachung	391
§ 72. Voraussetzungen und Durchführung der Strafaussetzung	391
I. Voraussetzungen der Strafaussetzung	391
II. Bewährungszeit	391
III. Auflagen	391
IV. Weisungen	392
V. Bewährungshilfe	392
VI. Nachträgliche Änderung	392
VII. Widerruf der Strafaussetzung	392
VIII. Straferlass	393
IX. Zuständigkeit	393

Anhang 1	Grober Fahrplan – Ablauf der Hauptverhandlung . .	395
Anhang 2	Prüfungsschema für Beweisanträge	401
Anhang 3	Übersicht Strafraumenverschiebung gemäß § 49 Abs. 1 StGB	403
Anhang 4	Tenorierungen	405
Anhang 5	Abgrenzung Zuständigkeit Vorsitzender – Spruch- körper	409
	Stichwortverzeichnis	413